

Betrifft: „Wie Sebastian Kurz die Korruptionsbehörde anpatzt“ von F. Klenk, Falter 6/20

Der Kanzler indiziert der österreichischen Justiz ungeheuerliche Missstände und nimmt dabei in Kauf, dass die Österreicher der Justiz nicht mehr vertrauen (können). Klenk führt überzeugend aus, dass sämtliche Vorwürfe des Kanzlers unberechtigt sind. Als Milderungsgrund für Kurz denke ich, dass seine Frustration im Kontext mit seinem jahrelangen vergeblichen Versuch, das Studium der Rechtswissenschaften erfolgreich abzuschließen, sein mangelndes Verständnis für die Justiz begründet.

Mir ist im Laufe der Zeit die fehlende Kompetenz von Kurz bei Stellungnahmen im justiziellen Bereich aufgefallen. Zuletzt hat sich aber das kompetente Beraterteam von Kurz durchgesetzt und den Jusstud-

Wie Sebastian Kurz die Korruptionsbehörde anpatzt



Nikolaus Lehner reagiert auf Florian Klenks Kommentar mit einem Rat an den ehemaligen Jusstudenten und Kanzler Kurz: „Absolute Mäßigung“



Der Autor ist Jurist und Kunstliebhaber, er war 45 Jahre in Wien als Anwalt tätig

ten daran erinnert, dass er die Gewaltenteilung übersehen hat. Dem Kanzler würde ich empfehlen, das Werk von Noll, „Absolute Mäßigung“ (Montesquieu), zu erwerben.

Statt dass der Kanzler die WKStA budgetär durch Einstellung von weiteren Staatsanwälten stärkt, bemängelt er die lange Verfahrensdauer einzelner Verfahren. Der Kanzler fordert zwar mehr Personal für die Polizei, nicht aber für den Justizapparat. Ich denke, dass das Gesamtverhalten des Kanzlers zur Justiz gestört ist. In seinen Rechtfertigungen verwies der Kanzler gerne darauf, dass es doch erlaubt sein müsste, Ermittlungen zu hinterfragen; er müsste doch schon beim Studium gelernt haben, dass dafür ausschließlich der Instanzenweg zuständig ist.

Klenk gibt dem Kanzler insofern recht, als sich die WKStA bedauerlicherweise von Kickl im BVT-Verfahren übertölpeln ließ, dasselbe passierte Kurz allerdings auch mit seinem damaligen Koalitionspartner FPÖ. Nachdem es Justizminister Jabloner gelungen war, eine gewisse Beruhigung in die Spannungen des Justizapparates zu bringen, hat der Kanzler diesen großen Erfolg zunichte gemacht.

Bezeichnenderweise benötigt der Kanzler für die bevorstehende „Aussprache“ mit den Staatsanwälten und der Justizministerin die Unterstützung von Dr. Edtstadler.

DR. NIKOLAUS LEHNER Wien |